

für die Inkulturation wird von ihnen aber den lateinischen Theologen auferlegt, weil die lateinische Kirche als in Indien fremde Gruppe sich den indischen Gegebenheiten anzupassen habe. Für die orientalischen Kirchen Indiens gelte aber, daß sie seit Jahrhunderten schon inkulturiert seien. Mit den Worten ihres herausragenden Theologen *Placid Podipara* (†1985) sprechen sie von ihrer Kirche als „indisch im Hinblick auf die Kultur, christlich, was die Religion angeht, und syro-orientalisch in bezug auf die Liturgie.“ Dem Einwand, daß die syrische Sprache den Indern doch mindestens genauso fremd sei wie das Latein oder eine andere europäische Sprache begegnen sie mit einer These von der Affinität zwischen dem syrisch-sumerischen Denken und dem der drawidischen Urbevölkerung Indiens.

Diese Haltung gilt für einen eher kleineren Kreis der orientalischen Theologen. Andere sind sich bewußt, daß die Forderung nach Inkulturation für alle Formen des christlichen und kirchlichen Lebens in Indien in gleicher Weise gilt. Für die indische Kirche und darüber hinaus wird bedeutsamer sein, in welcher Form die ekklesiologischen Fragen, die mit der Entscheidung des Papstes für die indische Kirche sich stellen, angegangen und gelöst werden können. Die orientalischen Theologen haben immer darauf hingewiesen, daß die Anerkennung ihrer ekklesialen Gleichberechtigung als Individualkirche und die daraus resultierenden Konsequenzen für die anderen orientalischen Kirchen und protestantischen Gemeinschaften von

großer Bedeutung seien und dort auch aufmerksam verfolgt würden. In Indien gibt es noch etwa 3 Millionen orientalische Christen, die außerhalb der katholischen Gemeinschaft leben, die Jakobiten, die Mar-Thoma-Kirche, die orthodoxe Kirche und die Kirche des Ostens, um die wichtigsten zu nennen.

Wenige Monate nach dem Papstbrief machte der Präfekt der Kongregation für die Ostkirchen, Kardinal *Lourdusamy*, im August 1987 einen offiziellen Besuch in Südinien. Als ehemaliger Erzbischof von Bangalore und langjähriger Sekretär der Päpstlichen Missionswerke sind ihm die Probleme der indischen Kirche bestens vertraut. Seitens der orientalischen Kirchen war seine Ernennung zum Präfekten der Kongregation für die Ostkirchen mit einiger Besorgnis aufgenommen worden, weil er eher als Protagonist der Lateiner eingeschätzt wurde. Bei seinem Besuch wurde er mit viel Ehren seitens der orientalischen Kirchen empfangen. Der Brief des Papstes wurde positiv herausgestellt und der Kardinal aufgefordert, die jetzt noch ausstehende konsequente Weiterführung positiv mitzubetreiben und sich für die *Ernennung eines eigenen Patriarchen oder Katholikos für die syro-malabarische Kirche* einzusetzen. Die Berechtigung dieser Forderung wird man anerkennen können. Es bleibt aber die Frage, ob nicht hier auch ein Anzeichen zu finden ist, daß die Beschäftigung mit den innerkirchlichen Problemen auch weiterhin die indischen Katholiken über die Gebühr beanspruchen wird. *Georg Evers*

Die „Perle Afrikas“ – ein Symbol für Tränen?

Uganda – zwei Jahre nach der „Befreiung“

Als Paul VI. im Sommer 1969 Uganda besuchte (es war die erste Afrikareise eines Papstes), galt das ostafrikanische Land noch als politisch stabil. Seither erlebte Uganda, das zu den am stärksten christianisierten Ländern Afrikas gehört, einen fatalen politischen und wirtschaftlichen Niedergang. Prälat Bernd Kaut, der Präsident von Missio (Aachen), hat das Land, das er schon von früheren Besuchen kannte, jetzt wieder besucht. Hier sein Bericht.

Im Innenhof des Bischofshauses von Jinja, einer Provinzstadt 80 km östlich von Kampala, gibt ein Papagei seine Ansicht über die Zustände in der Hauptstadt Ugandas preis. Auf die Frage: „How is Kampala?“ (Wie ist die Lage in Kampala?) krächzt er zurück: „Terrible!“ (Schrecklich!)

Doch der bunte Vogel scheint nicht mehr auf dem laufenden zu sein. Wer nach regelmäßigen Besuchen zu Kriegs- und Krisenzeiten in diesen Wochen in Entebbe, dem internationalen Flughafen vor Ugandas Metropole ankommt, kann sich nur wundern. Die Blockaden zur

Hauptstadt sind bis auf eine einzige Straßensperre abgeräumt. Auf Kampalas Straßen zeigt sich ein buntes, friedliches Treiben. In etlichen Geschäften sind wieder – wenn auch teure – importierte Waren aufgereiht, auf den Märkten gibt es Matoke, Tomaten, Reis und Bananen zu kaufen. Abends laden überdimensionale Lautsprecher zu Disco-Parties unter freiem Himmel ein, deren Lärm erst durch einen funkensprühenden Kurzschluß in den überlasteten Elektro-Aggregaten spät in der Nacht erstickt. Kampala, vor etlichen Jahren noch als eine der schönsten afrikanischen Metropolen gefeiert, wie einst Rom auf sieben Hügeln erbaut, imponiert auch heute noch – wenigstens von weitem: wenige weit verstreute Hochhäuser inmitten einer grünen Parklandschaft und eine üppige Vegetation aus Matoke-Palmen, Bananenstauden, Papaya- und Mangobäumen, die garantieren, daß kaum einer der rund 16 Mio. Einwohner Ugandas wirklich hungern muß. Das Bild erinnert an ferne Zeiten, da Afrikaforscher und europäische Politiker dieses Land als „Perle Afrikas“ priesen.

Tiefschläge für eine einstmals blühende Wirtschaft

Doch der Schein trügt. Bei näherer Betrachtung erinnert man sich vielmehr daran, daß eine Perle nichts anderes ist als eine krankhafte Erscheinung und oft als Symbol für Tränen steht. Die nur dürftig reparierten Verwaltungsgebäude, deren zersplitterte Glasfenster sich nicht durch heruntergelassene Scherengitter verbergen lassen, die mit Holzbrettern und Wellblech geflickten Mietshäuser, die aus Schlaglöchern bestehenden Ausfallstraßen der Hauptstadt, vor allem aber die unübersehbaren schwerbewaffneten Soldaten des neuen Staatspräsidenten *Yoweri Museveni* erinnern den Besucher daran, daß dieses Land seit nunmehr zwanzig Jahren im *Bürgerkrieg* lebt. Auch zwei Jahre nach der Eroberung Kampalas durch die NRA (National Resistance Army) ist der vermeintliche Friede zumindest in Nord- und Ostprovinzen des Landes weiterhin zerbrechlich.

Ein Vierteljahrhundert ist Uganda nun ein „freies Land“, nachdem die Briten am 9. Oktober 1962 ihrem Protektorat aus traditionsreichen Königtümern und Nomadenvölkern die volle Souveränität im Commonwealth zugestanden hatten. Bereits vier Jahre nach der Unabhängigkeit verjagte der erste Präsident *Milton Obote* den bis dahin einflußreichen „Kabaka“ der Baganda, den König des größten Volkes im Land, und schürte so den Streit zwischen den ungleichen Völkern, der bis heute unzähligen Menschen das Leben gekostet hat. Obotes Reisen zu einer Commonwealth-Konferenz nutzte 1971 der von Briten und Israelis protegierte Offizier *Idi Amin Dada* zum Armeeputsch. Obote floh nach Tansania und lernte bei dessen sozialistischem Präsidenten *Julius Nyerere* eine neue Staatsideologie.

Mit Idi Amins Machtübernahme und seiner Selbsterhebung zum Marschall und „Präsidenten auf Lebenszeit“ begann eine unvorstellbare Leidenszeit für Ugandas Bevölkerung. Nach UNO-Schätzungen wurden nahezu eine halbe Million Menschen ermordet. Tausende von bedrohten Intellektuellen – Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Wissenschaftler – flohen in benachbarte Länder und nach Europa. Heute würden sie für die wirtschaftliche Entwicklung Ugandas dringend gebraucht, aber die meisten haben sich im Exil eine neue Existenz aufgebaut.

Die abrupte *Ausweisung der verhafteten 50000 Inder* brachte Idi Amin beim Volke zwar viele Sympathien ein, legte jedoch die Kleinindustrie und den Handel – den gesamten Mittelstand des Landes – lahm und versetzte Uganda einen Rückschlag, von dem es sich bis heute nicht erholt hat. Denn auch die neue Regierung zeichnet sich nicht durch eine besonders qualifizierte Wirtschaftspolitik aus. Ob sie z. B. gut beraten war, als sie sich im vergangenen Jahr entschloß, Einreisenden ein Eintrittsgeld in Devisen und einen täglichen Zwangsumtausch abzuverlangen, mag man füglich bezweifeln. Damit wird auch noch der letzte bereitwillige Investor abgeschreckt, der Ugandas Wirtschaft wiederbeleben soll. Die von der

Regierung viel zu niedrig angesetzten Exportpreise für Kaffee haben viele Bauern dazu bewogen, zur Subsistenzwirtschaft zurückzukehren. Der Kaffee-Anbau lohnt sich nur noch für die Bauern am Viktoriasee, der sich als Schmuggelweg ins benachbarte Kenia geradezu anbietet. Mit Ausnahme einer leidlich funktionierenden Textilindustrie hat sich die einstmals blühende Wirtschaft des ostafrikanischen Landes bis heute nicht von Idi Amins Tiefschlägen erholt.

Wechselbäder von Hoffnung und Enttäuschung

Mit Hilfe tansanischer Truppen verjagte der aus dem Exil heimkehrende Milton Obote seinen Nachfolger Idi Amin, der heute in Saudi-Arabien lebt. Es gehört gewiß zu Nyereres fragwürdigsten politischen Entscheidungen, dem ungeliebten Milton Obote in Uganda wieder zur Macht verholfen zu haben.

Prompt organisierte sich erneut der Widerstand. Obotes Soldaten, unterbezahlt und undiszipliniert, terrorisierten wieder jahrelang die Landbevölkerung und mordeten, plünderten und vergewaltigten in jenen Provinzen, in denen sie Widerstand gegen ihren Präsidenten vermuteten. Endlich, im Juli 1985 putschte General *Tito Okello*, verjagte Obote ins sambische Exil und begann Friedensverhandlungen mit *Yoweri Museveni*, dessen Nationale Widerstandsarmee im Herbst 1985 bereits weite Landstriche Ugandas kontrollierte. In Kenias Hauptstadt Nairobi einigte man sich am 17. Dezember 1985 auf einen Friedensplan, doch Museveni ließ sich – getragen von der Begeisterung der Bevölkerung in den befreiten Gebieten – von seinem Marsch nach Kampala nicht mehr abhalten. Die Disziplin seiner Zehntausend-Mann-Armee beeindruckte sowohl die bislang von der Soldateska terrorisierte Zivilbevölkerung als auch internationale Beobachter.

Tausende von Waisenkindern, deren Eltern auf dem Rückzug marodierender Obote-Soldaten umgebracht worden waren, schlossen sich treu ergeben den Museveni-Truppen an, um mit der Kalaschnikow im Anschlag die Mörder zu verfolgen. Ende Januar 1986 eroberten sie Kampala und putschten damit ihren General an die Macht in Uganda.

Sämtliche Stämme, politischen Gruppierungen und alle, die zum Wiederaufbau des Landes bereit sind, sollten an seiner „Regierung der nationalen Versöhnung“ beteiligt sein. So jedenfalls las sich sein Programm, und es verhiieß den gepeinigten Menschen endlich Hoffnung. Aber diese Hoffnung schimmert kaum noch. Wie seine Vorgänger begann Museveni Angehörige seines eigenen Volkes, des im Westen des Landes gelegenen ehemaligen Königtums der Banyoro, in wichtige Staatspositionen zu lancieren. Mehr als Enttäuschung löste auch eine nächtliche Verhaftungswelle Anfang Oktober 1986 aus, die Politiker aus dem Baganda-Volk, Angehörige der westlich orien-

tierten Befreiungsbewegung „Uganda Freedom Movement“ und der überwiegend katholischen „Demokratischen Partei“ hinter Schloß und Riegel brachte. Musevenis politische Ziele und Konzeptionen geben auch heute noch Anlaß zu Spekulationen.

Übergriffe und Terror erneut auf der Tagesordnung

Der 41jährige Museveni kam als Student im tansanischen Dar-es-Salaam mit Führern der mosambikanischen Befreiungsbewegung „Frelimo“ in Berührung. Aus seiner Liebe zu sozialistischen Ideen macht er keinen Hehl. Konservative Kreise in Uganda nennen ihn schlicht einen „verkappten Kommunisten“, der sein wahres Gesicht erst nach der Befriedung der Nord- und Ostprovinzen enthüllen werde, da er derzeit noch die Sympathie der westlichen Welt brauche. Seine intensiven Kontakte mit Libyens Gaddafi, aber auch mit den Regierungen in Nordkorea und Kuba lassen für die Zukunft politische Schwierigkeiten ahnen. Doch ohne Zweifel ist er ein exzellenter Militär und ein begabter Redner, der die Masse der Zuhörer mit brillanten Formulierungen und scheinbar offenen Worten gewinnt.

Doch mit Sorge betrachten die Kritiker Musevenis das Heer der Kindersoldaten, die in Kampfanzügen und mit schweren automatischen Waffen das Bild der Städte prägen. Der Präsident mag auf die ihm treu ergebenden Kinder und Jugendlichen noch nicht verzichten, da nach seinem Bekunden die unsichere militärische Lage in einigen Provinzen es nicht erlaube, die Kinder nach Hause zu entlassen bzw. zur Schule zu schicken.

Die versprengten Soldaten Amins, Okellos und Obotes haben sich in ihre Heimatprovinzen zurückgezogen. Zusammen mit Viehdieben und Gangstern sind sie nicht nur der neuen Regierung eine permanente Bedrohung. Sie terrorisieren auch weiterhin die Bevölkerung um die Provinzstädte Gulu, Soroti, Mbale und Tororo. Zwar haben nach einem mehrfach wiederholten Amnestie-Angebot von seiten der Regierung viele Obote- und Amin-Soldaten die Front gewechselt, doch scheinen sie der NRA kein Gewinn zu sein. Während diese in Kampala zwar ihrem guten Ruf einer disziplinierten Armee weiterhin gerecht wird, kommt es in den Krisenprovinzen vielfach zu neuen Übergriffen durch die Regierungssoldaten.

Weitere innen- und außenpolitische Krisen destabilisieren die Macht Musevenis. Der Mord am früheren beliebten Minister Dr. Kaira, der Musevenis Regierung zugeschrieben wird, und die geradezu persönliche Fehde mit Präsident Daniel Arap Moi im benachbarten Kenia sorgen für alarmierende Schlagzeilen. Moi wirft der ugandischen Regierung vor, mit Hilfe libyscher Verbindungen den rebellischen Untergrund in Kenia zu schüren; während die Ugander sich beschwerten, der Nachbarstaat nütze seine günstige Meerlage mit der Hafenstadt Mombasa zur Ausbeutung des ohnehin schon wirtschaftlich ruinierten Binnenstaates.

Doch die folgenschwerste Bedrohung dieses innerafrikanischen Landes ist weder politischer noch militärischer Natur. „Wir brauchen weder Krieg noch Pillen, um das Bevölkerungswachstum zu beschränken“, meinte ein Schweizer Ordensbruder in Hoima, der das Land aus seiner jahrzehntelangen Arbeit kennt, „diese Kontrolle besorgt Aids“. Und in der Tat, die Immunschwäche kann sich zur Jahrhundertkatastrophe ausweiten, „wie die Pest im europäischen Mittelalter“, befürchtet ein Arzt, in dessen Klinik täglich mehrere Patienten dieser heimtückischen Krankheit erliegen. „Bei euch“, so meint er fast resignierend, „spricht man noch immer von sogenannten Risikogruppen. Hier ist jeder bedroht, vom Baby bis zur Großmutter.“ Diese Feststellung scheint kaum überzogen. Ein anderer Arzt bestätigt, daß nahezu ein Drittel der Neugeborenen in Ugandas Hauptstadt HIV-positiv, also aidserkrankt ist. Zwar mögen statistische Angaben verschiedener Organisationen geringfügig voneinander abweichen, fest steht jedoch, daß Uganda zu jenen afrikanischen Ländern zählt, in denen Aids bereits heute eine Volksseuche ist.

Die anhaltende Krisensituation des Landes, die die Menschen immer wieder zur Flucht bewegt, die eine inzwischen auf 50000 Mann angewachsene Armee zwischen den bedrohten Gebieten hin und her beordert, verschärft die Bedrohung durch Aids. David Ssemungu, Professor am nationalen Priesterseminar, berichtet von einer der Konsequenzen solcher Truppenbewegungen: „90 % der neugeborenen Kinder in der Hauptstadt Kampala sind unehelich.“ Eine Zahl, die auch im afrikanischen Vergleich nachdenklich macht.

Kirche: Beispielloser Einsatz und politische Relevanz

Die katholische Kirche übt sich der neuen Regierung gegenüber in *vorsichtiger Zurückhaltung*. Staatspräsident Museveni erweist sich als Bibelkenner, doch steht er den Kirchen eher skeptisch gegenüber: „Religion ist für morgen, heute brauchen wir eine gute Politik!“ charakterisierte er vor Jahresfrist sein Verhältnis zur Religion. Bereits wenige Monate nach seiner Machtübernahme konnte man in seinem „Ideologiepapier“ nachlesen, was er vom Christentum hält: Es sei „die Hauptideologie des Kolonialismus“. Solche Töne ließen schlimme Zeiten für die Kirche erwarten. Doch noch braucht die neue Regierung vor allem den sozialen Einsatz der Kirchen.

Nahezu 80 % der Ugander sind christlich getauft, die Mehrheit katholisch. Nur 7 % bekennen sich – trotz der Islamisierungswelle unter Idi Amin – heute zum Islam, der durch die neuen staatlichen Beziehungen zu Libyens Oberst Gaddafi auf eine muslimische Missionierung des Landes hofft. Die übrige Bevölkerung, meist Nomaden, bekennt sich zu traditionellen afrikanischen Religionen. Doch was weist dieses afrikanische Land als christlich aus? Zwar hat es eine reiche Kirchengeschichte durchlebt, die in nahezu 150 Jahren durch den beispielloser

Einsatz von Missionaren, Ordensleuten und Entwicklungshelfern für Schulen und Gotteshäuser, für Hospitäler und Werkstätten sorgte. Die christlichen Kirchen haben die rasche Entwicklung dieses Landes geprägt. Doch dazu gehört auch, daß durch die Rivalitäten zwischen anglikanischen Predigern aus Großbritannien und „Weißen Vätern“ aus dem katholischen Frankreich die Einwohner Ugandas bis zur Unabhängigkeit politisch und kirchlich verunsichert wurden. Bis auf den heutigen Tag haben sich die Kirchen in die politischen Entwicklungen verstricken lassen.

Längst ist der Erzbischof von Kampala, Kardinal *Emmanuel Nsubuga*, auch zu einer politisch relevanten Größe gewachsen, da er vor allem für das größte Volk des Landes, die Baganda, zum könig-gleichen „Kabaka“ geworden ist. Sein Wort – weniger sein geistliches als vielmehr seine politische Predigt – hat im Lande Gewicht. Und keiner der vier bisherigen Präsidenten hat es versäumt, dem Kirchenfürsten eine Luxuslimousine zu schenken, die dieser bislang auch alle dankbar angenommen hat. Doch die facettenreiche Geschichte der katholischen Kirche Ugandas wird besonders von der *tiefen Gläubigkeit des Volkes* charakterisiert, das seiner Religiosität mit Hingabe und Begeisterung Ausdruck verleiht und das auch heute den Worten der Frohen Botschaft mehr traut als den leeren Versprechungen kurzlebiger Politiker. Dies hat sich bereits vor mehr als hundert Jahren gezeigt, als der damalige intrigante Kabaka über 200 Christen verschiedener Konfessionen ihres christlichen Glaubens wegen hinrichten ließ. Darunter die Heiligen Charles Lwanga, Joseph Mukasa und ihre zwanzig Gefährten, denen in Namugongo ein eindrucksvolles Zeugnis afrikanischer Baukunst geweiht ist.

Längst ist Ugandas Ortskirche einheimisch geworden. Die Hälfte der über tausend Priester sind wie 16 der 18 Bischöfe Afrikaner, 2300 Ordensschwwestern arbeiten in der Seelsorge (neben den 8200 Katechisten), in den vie-

len Kindergärten, den nahezu 2000 Primar- und 140 Sekundarschulen und den medizinischen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft. Der Orden der Weißen Väter, die Comboni-Missionare aus Verona und die Mill-Hill-Fathers haben zusammen mit den Verantwortlichen des Katholischen Sekretariates der ugandischen Bischöfe das ganze Land mit einem gut funktionierenden kirchlichen Versorgungsnetz überzogen. Unterstützung erhielten sie dabei von europäischen und amerikanischen Mitchristen. Die Gottesdienste am Sonntagmorgen sind landesweit überfüllt, in den Priesterseminaren bereiten sich über 550 Kandidaten auf ihren priesterlichen Dienst vor. Die Seminaristen – wie etwa in Hoima – engagieren sich auch in der Landwirtschaft, um die Einrichtungen von europäischen Hilfswerken unabhängiger zu machen.

Militär attraktiver als Gottesdienst?

In einem Land, das jahrzehntelang in Bürgerkriegen und Stammesfehden nahezu ausgeblutet ist, dessen Jugend – ca. 65 % der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt – kaum anderes erlebt hat als Krieg, Mord, Angst und Flucht und die auch heute angesichts der anhaltenden Unruhen im Land und unter Bedrohung von Aids und Arbeitslosigkeit kaum eine vielversprechende Zukunftsperspektive hat, kann die Kirche nicht mit landläufigen Maßstäben beurteilt werden. Es gibt zu denken, daß besonders die Jugend der Provinzstädte der Kirche gegenüber eher zurückhaltend eingestellt ist. Viele Jugendliche finden heute eher zum Militär als zum Sonntagsgottesdienst. Bedenklich stimmt, daß vor allen Dingen Jugendliche mit Schulabschluß und Studenten seltener zur Kirche finden als die Jugend auf dem Land. Dennoch, Bischof *Willigers* aus *Jinja* ist sicher: Die Jugend Ugandas ist dem Evangelium gegenüber offen und respektiert eine glaubwürdige Kirche. Doch gerade die wäre in solchen Krisenzeiten ganz besonders gefordert.

Bernd Kaut

Kurzinformationen

Eine Delegation der russisch-orthodoxen Kirche besuchte Anfang Februar die Bundesrepublik.

Die russisch-orthodoxe Delegation unter der Leitung des Minsker Metropoliten *Philaret*, der gleichzeitig das Kirchliche Außenamt des Moskauer Patriarchats leitet, erwiderte damit den Besuch einer deutschen Bischofsdelegation in der Sowjetunion Anfang Juni 1986 (vgl. HK, Juli 1986, 343). Den theologischen Gesprächen zwischen den Gästen aus der Sowjetunion und deutschen Bischöfen (Leiter der deutschen Delegation war der Erzbischof von München und Freising, Kardinal *Friedrich Wetter*) am 10. und 11. Februar ging ein *kirchlich-religiöses Be-*

suchsprogramm voraus: Besucht wurden der Marienwallfahrtsort Altötting, die Benediktinerabtei Niederaltaich (sie unterhält ein ostkirchliches Institut) und das frühere Konzentrationslager Dachau. Die theologischen Gespräche galten zum einen dem Thema „Einheit der Kirche und Einheit der Menschheit gemäß den Sakramenten der Initiation“, zum anderen der Frage nach dem *Friedensauftrag der Kirche*. In den Gesprächen, so hieß es, hätten sich die unterschiedlichen Möglichkeiten der beiden Kirchen gezeigt, an dem christlichen Friedensdienst mitzuwirken. Diese Erkenntnis werde man in weiteren Gesprächen vertiefen müssen, um zu vermeiden, daß man in praktischen Fragen des Friedensdienstes aneinander vor-